

US\$, die Importe lagen bei 35,2 Mrd. US\$.

Aus Sicht einiger Analysten ist die Entwicklung im Oktober auf eine Reihe von Sonderfaktoren zurückzuführen. So sollen die Exporteure versuchen, das Ausfuhrvolumen so schnell wie möglich zu steigern, um noch in den Genuss der Steuerrückerstattung zu gelangen.

Die Exportsteuerrückerstattung wird ab dem 1. Januar 2004 um durchschnittlich 3 Prozentpunkte niedriger liegen. Ziel dieser Maßnahme ist es, einerseits den öffentlichen Haushalt zu entlasten, andererseits ist diese Entscheidung jedoch auch eine Reaktion auf die Kritik an Chinas festen Wechselkursen und den Vorwurf, damit unfaire Exportbedingungen zu schaffen. Ab dem nächsten Jahr wird der Steuererstattungssatz zwischen 4-17% liegen; bei einigen sehr wichtigen Industriezweigen bleibt der Satz allerdings unverändert beim Höchstwert von 17%, u.a. bei Elektronik- und Telekommunikationsprodukten, Fahrzeugen, Schiffen, Elektromaschinen, optischen Ausrüstungen und Flugzeugen.

Die Steuerrückerstattung bei Exporten von elektromechanischen Produkten, Bekleidung und Textilien wird 13% betragen. Der Satz liegt bei Stahlausfuhren, chemischen Produkten, Kunststoffen, Schuhen und Uhren nicht mehr bei 15%, sondern bei 13%. Für landwirtschaftliche Produkte bleibt die Rückerstattung zwischen 5-13% unverändert, während sie bei einigen Metallerzeugnissen auf 5% und 7% zurückgeht.

Die Exportsteuerrückerstattung war nach dem Ausbruch der Asienkrise eingeführt worden, um die Exportunternehmen wettbewerbsfähiger zu machen.

Vor allem die USA haben in den letzten Monaten Kritik an Chinas steigenden Handelsbilanzüberschüssen geübt. Der Handel mit China stieg seit Jahresbeginn um 31%. Gleichzeitig erhöhte sich das Defizit der USA im Handel mit China. Schätzungen gehen davon aus, dass der negative Saldo in diesem Jahr um 20% zunehmen und dann rd. 120 Mrd. US\$ betragen wird. Im ersten Halbjahr d.J. war das Defizit bereits auf 54 Mrd. US\$ angestiegen.

Allerdings ist die Frage der statistischen Erfassung des Handels und der Errechnung des Defizits umstritten. Während die chinesische Statistik für das Jahr 2002 einen Überschuss in Höhe von 43 Mrd. US\$ aufweist, zeigen die US-Statistiken einen negativen Saldo der USA von 103 Mrd. US\$. Neben Problemen wie Datenerhebung, Schmuggel, zu hohe oder zu niedrige Angaben in den Rechnungen etc., gibt es Unterschiede in der Erfassung der Daten auf beiden Seiten. So müssen verschiedene Anpassungen vorgenommen werden: bei Hongkonger Re-exporten in die USA von Produkten mit China als Ausfuhrland und vice versa; ein Abzug der Wertschöpfung in Hongkong bei diesen Transaktionen, Anpassung hinsichtlich verschiedener Berechnungsgrundlagen bei Im- und Exporten wie z.B. die Frage, ob Versicherung und Frachtkosten enthalten sind etc. Auf der Basis einer alternativen Berechnung haben beispielsweise zwei Ökonomen aus Kalifornien (K.C. Fung und Lawrence Lau) einen bilateralen Überschuss für China im Handel mit den USA von nur 74 Mrd. US\$ berechnet.

Eine weitere Überraschung ergibt sich nach Darstellung der *Financial Times* vom 30.10.03, wenn die bilateralen Daten im Handel mit China verschiedener Länder aggregiert werden. In diesem Fall – bei 12 der größten Handelspartnerländer Chinas, einschließlich den USA, Japan, Südkorea und den größten EU-Ländern und bei Anpassung der Daten Hongkonger Re-exporte – ergibt sich sogar mit 148 Mrd. US\$ noch ein Defizit der USA mit China. Insgesamt kann davon ausgegangen werden, so die *Financial Times*, dass Chinas Exportüberschuss im Handel mit allen Ländern in Höhe von 35 Mrd. US\$ im letzten Jahr zu niedrig ausgewiesen wurde. Daraus ergebe sich eine Reihe von Konsequenzen, u.a., dass China eine „hypercompetitive exchange rate valuation“ besitzt, die Vermutung, dass China nicht ein Defizit mit einigen Ländern wie Japan, Südkorea etc. hat, sondern eher einen Überschuss und die Notwendigkeit international vergleichbarer Datensätze und flexibler Wechselkurse. (NFA, 15.10.03; FT, 30.10., 14.11.03; HB, 14., 18.11.03) -schü-

---



---

## Binnenwirtschaft

---



---

### 20 Steigende Getreidepreise

Zum ersten Mal seit sechs Jahren stiegen die Preise für Getreide wieder deutlich an und spiegeln damit eine Veränderung der inländischen Angebots- und Nachfragesituation wider. Offiziellen Statistiken zufolge erhöhte sich der Reispreis in der ostchinesischen Provinz Anhui für eine Tonne um 80 bis 120 Yuan (Grundpreis 1.050 Yuan/t). Der Ankaufspreis für Weizen stieg in der nordostchinesischen Provinz Heilongjiang um 32% pro Tonne auf 1.100 Yuan. Die Maispreise erhöhten sich um 50-70 Yuan pro Tonne. Der Anstieg der Getreidepreise führte auch zu einer Zunahme der Preise von Speiseöl und anderen verarbeiteten landwirtschaftlichen Produkten. (XNA, 22.10.03)

Nach Einschätzung von Li Jingmou, der zum Leitungspersonal des Großhandelsmarktes Zhengzhou zählt, wird in diesem Jahr mit einer Fehlmenge von 40-50 Mio. t Getreide zu rechnen sein. Der Getreidegroßhandel in der Stadt Zhengzhou, Hauptstadt der Provinz Henan, gilt als das Barometer für Chinas Getreidepreisentwicklung. Li geht davon aus, dass das vorhandene Angebot an normalem Getreide durchaus die Nachfrage decken wird. Anders sehe die Situation dagegen bei qualitativ sehr hochwertigem Getreide aus.

Allerdings teilen viele Agrarexperten nicht die grundsätzlich positive Einschätzung von Li. So ist die Frage eines ausreichenden Getreideangebots politisch sehr sensibel. Li Siheng, Wissenschaftler der State Grain Administration, zufolge, bereite die Frage der Nahrungsmittelsicherung aufgrund des Rückgangs der Anbaufläche und des steigenden Bedarfs durchaus Sorge.

Einige Analysten führen den Rückgang der Getreideproduktion auf die abnehmende Anbaufläche zurück. So soll das Ackerland nach Angaben des Ministry of Land and Resources zwischen 1996 und 2002 von 1,95 Mrd. Mu (130,07 Mio. Hektar) auf 1,89

Mrd. Mu (125,93 Mio. Hektar) geschrumpft sein. (XNA, 15.11.03)

Aus Sicht von Rich Herzfelder, Consultant der China Food and Agricultural Services, ist der Rückgang des Getreideoutputs auch auf die schwierigen Wetterbedingungen zurückzuführen. Herzfelder erwartet, dass vor allem mehr Weizen und Sojabohnen importiert werden müssen. Hintergrund seien Probleme mit der Lagerung von Getreide. Die anstehende „Einkaufsreise“ von Wen Jiabao in die USA werde wohl dazu benutzt werden, höhere Bestellungen von Weizen und Sojabohnen zu tätigen. Diese müssten zwar ohnehin importiert werden, doch sei dies eine strategisch geschickte Maßnahme. (AWSJ, 18.11.03)

Nach Einschätzung von He Kaiyin, Wissenschaftler und Berater der Anhui Provinzregierung, ist der Anstieg der Getreidepreise nicht das Ergebnis von Getreideknappheit. Dies sei vielmehr eine normale Reaktion des Marktes auf den erwarteten Getreideproduktionsrückgang in diesem Jahr. He zufolge spiegelt der Preisanstieg nur wider, das der Markt auf Angebot und Nachfrage reagiert. (XNA, 7.11.03)

Der internationale Getreidemarkt reagierte ebenfalls besorgt auf den Rückgang des Getreideoutputs in China. Aufgrund von Produktionseinbrüchen in Australien, Kanada und den USA im letzten Jahr waren die Preise auf dem internationalen Markt für Weizen um 17,6% und für Mais um 11,5% gestiegen. Auch die europäischen Länder meldeten Produktionsrückgänge in diesem Jahr. Die FAO kündigte den Rückgang der weltweiten Getreidereserven auf einen historischen Tiefstand an. (XNA, 7.11.03)

Für das Jahr 2003 wird damit gerechnet, dass der Getreideoutput in China nur ein Niveau von 450 Mio. t erreichen wird. Dies wäre die niedrigste Produktionsmenge seit den letzten 10 Jahren. Für das Jahr 2004 erwartet das Agrarministerium dann ein Outputniveau von 460 Mio. t.

Um die Anbaufläche für Getreide nicht weiter schrumpfen zu lassen, kündigte die Regierung für das kommende Jahr ein umfangreiches Maßnahmenpaket an. Hierbei wird die Erhaltung von Getreideanbauflächen eine wichtige Rolle spielen. -schü-

## 21 Banken sollen Zinssätze stärker beeinflussen können

Mitte November d.J. nahm der Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan zu Fragen der Reform des Finanzsektors Stellung. Zhou kündigte an, dass die Banken größere Entscheidungsspielräume bei der Gestaltung der Kredit- und Einlagenzinsen erhalten werden. Es würden außerdem schrittweise die von der Zentralbank festgelegten Obergrenzen für Zinssätze abgeschafft. Ziel sei es, die Banken in die Lage zu versetzen, eine effektivere Allokation von Kapital vorzunehmen. In der Höhe der Kreditzinsen solle sich stärker als bisher die Kreditwürdigkeit der Kunden widerspiegeln. Nähere Angaben dazu, wann mit der Umsetzung dieser Ankündigung zu rechnen sei, machte Zhou nicht. Allerdings ist bemerkenswert, dass die Zentralbank dieses Vorhaben erstmals seit dem Jahre 2000 wieder erwähnt. (SCMP, 19.11.03)

Derzeit dürfen die Banken Kreditzinsen bis maximal 30% über dem staatlich festgelegten Zinssatz und 10% unterhalb des Zinssatzes bestimmen. (SCMP, 19.11.03)

Zhou ging auch auf die herausragende Rolle der vier großen Staatsbanken und ihren Reformbedarf ein. Diese Banken absorbierten derzeit 65% der Spareinlagen und führten 80% des Zahlungsverkehrs durch. Ihr Anteil am Kreditvolumen belaufe sich auf 56%. Trotz verschiedener Reformmaßnahmen sei die wirtschaftliche Situation der Banken noch unbefriedigend. Ende Juni d.J. beliefen sich nach Angaben von Zhou die uneinbringlichen Kredite, die nach einem fünfstufigen Klassifizierungssystem bewertet wurden, auf 22,2% der Gesamtkredite.

Zhou wies auch erneut darauf hin, dass der ländliche Finanzsektor mit vielfältigen Problemen konfrontiert ist. Eine Reihe von ländlichen Finanzinstituten befinde sich in einer Schiefelage, habe Operationsprobleme und hohe versteckte Risiken.

Zhou erinnerte auch daran, dass sich das Aufgabenfeld der Zentralbank verändert hat. Die Bankenaufsicht habe die Zentralbank abgegeben und konzentriere sich nunmehr auf die Gesamtüberwachung der Stabilität im Finanzsektor. Anstatt direkt die Ban-

ken zu kontrollieren, liege der Schwerpunkt nun auf der Bewertung von allgemeinen Risiken der Finanzinstitute, der Finanz-Holdinggesellschaften, der Finanzinstrumente sowie Überwachung des Geld-, Versicherungs- und Immobilienmarktes. (BBC PF, 17.11.03)

In einem Kommentar des *Asian Wall Street Journal* vom 13.11.03 zu den Ausführungen des Zentralbankpräsidenten wird nochmals auf die hohen uneinbringlichen Kredite hingewiesen. Diese seien nach Einschätzung ausländischer Experten deutlich höher. Nach Berechnung von S&P liege diese Quote bei 44-45%. Nur 20% des ursprünglichen Wertes der faulen Kredite ließen sich wieder zurückholen. Diese Situation stelle allerdings eine Verbesserung dar, da bis vor kurzem die Quote der uneinbringlichen Kredite bei 50% und die Rückholrate bei 15% gelegen habe. Aus Sicht des Kommentators sei diese Entwicklung jedoch nicht positiv zu beurteilen, da die Banken ihr Kreditvolumen stark ausgeweitet hätten (um rd. 20%), um hierdurch die Quote ihrer uneinbringlichen Kredite niedrig erscheinen zu lassen und zu beweisen, dass sie die Vorgaben der Regierung für das Jahr 2003 eingehalten haben. Diese hatte von den Banken verlangt, den Anteil der uneinbringlichen Kredite am Kreditvolumen um 3% zu senken.

Anfang November berichteten die vier großen Staatsbanken, dass sie die Quote der uneinbringlichen Kredite sogar um 4,83% gesenkt haben. (XNA, 3.11.03) Die Construction Bank of China, eine dieser vier großen Staatsbanken, gab bekannt, dass sich die Quote der uneinbringlichen Kredite Ende Oktober auf lediglich 11,84% belaufen habe. Dies sei eine Reduzierung um 4,06% gewesen. (XNA, 19.11.03)

Auch die Diskussion um eine erneute Rekapitalisierung der Banken wird im Bericht des *Asian Wall Street Journal* vom 13.11.03 wieder aufgenommen. Hierbei soll eine Summe von angeblich 121 Mrd. US\$ im Gespräch sein. Nach Berechnungen von S&P liegt die Verschuldung jedoch bei rd. 700 Mrd. US\$ bzw. rd. der Hälfte des BIP. Eine erneute Rekapitalisierung könnte ein Volumen von rd. 30% des BIP umfassen. -schü-